Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2007-06-18

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Telefon:

Antrag
Drucksache Nr.

01666/2007

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Altlasten Möwenburgstraße

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen, den B-Plan Möwenburgstraße nicht vor völliger Auskoffierung des illegal eingebrachten Füllmaterials mit teilweiser Schadstoffklasse Z 2 zur Veröffentlichung freizugeben.

Begründung

Der B-Plan Möwenburgstraße ist mittlerweile zu einer Belastung der an sich durchaus verantwortbaren Bauleitplanung zumindest in umwelttechnischer Hinsicht in den letzten 16 Jahren in Schwerin geworden. Der durch Umlegung erst möglich gewordene Planungsstand hat schwarze Flecken bekommen und zwar durch eine – unstrittig und durch die Stadtverwaltung bereits per Strafanzeige dokumentierten – Umweltfrevel. Hierüber existieren umfangreiche Akten, dessen Inhalte hier nicht wiedergegeben werden sollen. Die Fraktion hat vollständige Kenntnis. Jedenfalls hat ein damals beauftragtes Bauunternehmen aus Rostock, mittlerweile insolvent, begleitet durch ein falsches Fachgutachten des damals beauftragten Fachinstitutes, schadstoffhaltiges Material als Füllmasse für die ausgebauten und entsorgten Fundamente der Industriegebäude eingebracht. Nachdem dieser Umweltskandal 10 Jahre später aufgefliegen ist, versucht die öffentlich-rechtlich überlagerte Entwicklungsgesellschaft, das Material entgegen aller Voten der Fachverwaltungen im Boden zu lassen und eine nur 1,50 Meter dünne Deckschicht aufzuziehen. Damit will man den B-Plan genehmigungsfähig machen. Auf der betroffenen Teilfläche von ca. 4000 m² kann das Gebiet dann nur eingeschränkt genutzt werden.

Diese Vorgehensweise würde in der B-Planung Schwerins eine Einmaligkeit darstellen und nicht wieder gut zu machen sein. Diese Stadtvertretung kann nicht gegen damalige klare Auflagen eingebrachtes schadstoffhaltiges Material in einem Wohngebiet belassen, in dem auch sensible Nutzungen stattfinden. Argumente, dass keine Ausgasungen oder Auswaschungen ins Grundwasser stattfinden gehen fehl, da dies nur Prognosen sind und gegen eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Bebauungsplanung verstoßen würde.

Allein merkantile Interessen der Entwicklungsgesellschaft bestimmen hier das derzeitige Handeln, dem sich die Stadtvertretung eindeutig entgegenzustellen hat.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Manfred Strauß
Fraktionsvorsitzender